

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 6. November 2023
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:10 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 26. Oktober 2023 und 2. November 2023 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Yves Greisler

Stimmenzähler Urs Wüthrich, Walter Bangerter

Mitglieder des Stadtrates Roger Aebi, Franziska Maurer Roschi, Ian Thompson, Ulrich von Känel, Andreas Stettler, Adrian Merz, Sybille Zingg Righetti, Esther Liechti-Lanz, Fabian Käsermann, Jürg Kämpf, Thomas Gerber, Gabriela Bannwart, Annemarie Althaus-Zingg, Barbara Lüthi-Kohler, Karin Karrer-Siegenthaler, Claudia Fankhauser, Jonas von Allmen, Hermann Dür, Elias Maier, Christian Hedinger, Josef Timoteo Jenni, Debra Marti, Urs Wüthrich, Walter Bangerter, Damaris Hauser, Jürg Grimm, Sabrina Rohrbach, Peter Hauser, Manfred Schaffer, Carmen Baumeler, David Hirschi, Viktoria Müller, Simon Reusser, Tanja Blume, Anette Vogt

Entschuldigt Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, René Marti, Pascal Hebeisen, Philipp Schärf

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb

Entschuldigt Francesco Rappa

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	Christoph Mural, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.9.2023	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Ersatzwahl Sozialkommission	5
- Velostation Schlössli - Dienstbarkeitsvertrag für Überbaurecht und Einmalzahlung	5
- Budget 2024 und Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027	12
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	20

Appell

Der durch den Stimmenzähler Bangerter Walter durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2023-696 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.9.2023

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 18. September 2023.

SRB: 2023-697 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Greisler Yves begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2023. Im Speziellen begrüsst er als Auskunftsperson Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über die besuchten Anlässe. Er hat an der Informationsveranstaltung Sport der Sportkommission als Vertreter der Stadt Burgdorf teilgenommen. Thema dabei war die Volunteearbeit, zum Beispiel beim Schwingfest Triple 2024 und wie sich die Vereine einbringen können. Er hat eine Einladung zum Parlamentspräsidentenanlass im Bundeshaus erhalten. Die Einladung ist leider kurzfristig aus der Verwaltung eingetroffen. Er hatte an diesem Tag bereits Termine, deshalb hat Stadträtin Vogt Anette, 1. Vizestadtratspräsidentin, ihn an diesem Anlass würdig vertreten. Sie hat eine Kopie des Wappens, das seit 1902 den Nationalratsaal ziert, vom Nationalratspräsidenten Candinas Martin feierlich erhalten. Das Wappen ist anlässlich des 125 Jahre Jubiläums Bundesverfassung reproduziert worden und hängt neu auch im Gemeindesaal. Am 3. November 2023 bekamen wir Besuch vom Gemeindeparlament aus Uster. Eine Delegation des Gemeinderatsbüros aus Uster, das entspricht unserem Stadtratsbüro, hat uns in Burgdorf besucht. Seitens der Stadt Burgdorf haben aus der Verwaltung Stadtpräsident Berger Stefan, Stadtschreiber Ghioldi Stefan, Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, und Henzi Brigitte, Assistentin SR, sowie seitens des Stadtratsbüros Stadträtin und 1. Vizestadtratspräsidentin Vogt Anette, Stadtrat und Stimmenzähler Wüthrich Urs sowie der Vorsitzende teilgenommen. Den Gästen wurden Kurzreferate zu den von ihnen gewünschten Themen wie allgemeine Informationen zur Stadt Burgdorf, zur Asylorganisation, zum

Parlamentsbetrieb und zur Mobilität abgehalten. Anschliessend besuchten Stadtschreiber Ghioldi Stefan, Stadtrat Wüthrich Urs, Henzi Brigitte und der Vorsitzenden mit den Gästen das Schloss Burgdorf und genossen eine Kurzführung durch das Schlossmuseum. Das abschliessend Nachtessen fand im Hotel Stadthaus statt, bevor die Gäste mit dem Zug wieder Richtung Uster abreisten. Das Programm ist gut angekommen. An dieser Stelle wird allen beteiligten Personen, insbesondere Henzi Brigitte für die Organisation, gedankt. Die Gegeneinladung aus Uster steht bereits.

SRB: 2023-698 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Gübeli Charlotte informierte über die Verleihung des Sozialpreises vom 26. Oktober 2023. Es war ein sehr schöner Anlass. Die Sozialkommission organisiert diesen Anlass. Es wurden zwei Preisträger ausgezeichnet. Unter anderem der Verein KARIIM Kaffee & Begegnung, welche sich für Flüchtlinge und asylbewerbende Migrationsbevölkerungen einsetzen. Sie betreiben seit ein paar Monaten ein Kaffee, das immer am Freitagnachmittag offen ist. Es sind immer vier Personen vom Verein anwesend. Man kocht zusammen, man schreibt Bewerbungen, man lernt Deutsch, aber es hat auch immer viele Kinder, die spielen. Es herrscht eine schöne Atmosphäre. Der zweite Preisträger ist der Quartierleist Nord, welcher seit 40 Jahren immer in den Wintermonaten sechsmal für Senioren kocht. Es kommen immer rund 60 Personen. Freiwillige rüsten, schnetzeln und kochen. Neu ist es nicht mehr nur für Senioren, sondern es heisst neu Neumattzmittag. Es können jetzt alle teilnehmen. Man muss einfach ein kleines Entgelt bezahlen. Es ist eine ganz gute Sache. Man hat zwei würdige Preisträger ausgezeichnet.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über die Einweihung des Containerprovisoriums im Gsteighof. Im März wurde der SR informiert, dass man dringend eine Containerlösung braucht. Es ist gelungen durch die sehr gute Zusammenarbeit, aber auch durch glückliche Umstände. Eigentlich hat man sich auch ein Geburtstagsgeschenk gemacht. Nämlich vor 60 Jahren, einen Tag nach der Einweihung, wurde das Gsteighof in Betrieb genommen. Nach mehreren Umbauten und Sanierungen konnten nun die Container eingeweiht werden. Man hat einen grossen Schlüssel von den Immobilien erhalten. Dieser wurde an die Schulleitung und Lehrkräfte weitergereicht. Es funktioniert und ist richtig gut. Im Container ist eine neue Bibliothek nach neuestem Standard eingerichtet. Ein Dank geht an den SR für die Bewilligung des Kredites. Die Containerlösung konnte innert kürzester Zeit umgesetzt werden.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert ebenfalls über einen Schulbau und zwar über den Holzmodulbau, der vom SR genehmigt wurde. Nach der Genehmigung wurde mitgeteilt, dass die Blumer AG, welche das Projekt umsetzt, anbietet, dass man die Produktion der Module in Gossau anschauen kann. Der Termin steht fest und findet am Dienstag, 7. Mai 2024 statt. Abfahrt ist um 11.00 Uhr in Burgdorf. Es findet eine Werkbesichtigung inklusive Besichtigung der Produktion der Burgdorfer Holzmodule statt. Wer sich für den Besuch interessiert, kann sich bei Stalder Ruth in der Baudirektion melden. Die Mitglieder des SR werden im Nachgang zur heutigen Sitzung noch angeschrieben. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr, Abfahrt um 11.21 Uhr und die Rückkehr ist um 18.37 Uhr.

SRB: 2023-699 | Registratur-Nr. 1.7.2

Ersatzwahl Sozialkommission

Verhandlung

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass seit der Demission von Blaser Julia der Sitz in der Sozialkommission vakant ist. Man freut sich sehr, dem SR Veraguth Beryll zur Wahl in die Sozialkommission vorzuschlagen. Veraguth Beryll ist in Burgdorf aufgewachsen und hat im 2019 die Matur abgelegt. Jetzt ist sie in der Ausbildung im letzten Lehrjahr zur Bekleidungsgestalterin. Aktuell macht sie als Textillehrerin ein Praktikum im Schulhaus Gsteig. Sie engagiert sich in der Jungen EVP Schweiz und freut sich, sich in Zukunft in der Sozialkommission einzusetzen. Sie ist heute Abend anwesend. Die EVP-Fraktion dankt dem SR für die Zustimmung der Wahl von Veraguth Beryll in die Sozialkommission.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Beryll Veraguth, Bekleidungsgestalterin EFZ i.A., Burgdorf, EVP, als Mitglied der Sozialkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2023-700 | Registratur-Nr. 3.11

Velostation Schlössli - Dienstbarkeitsvertrag für Überbaurecht und Einmalzahlung

Verhandlung

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass sie heute vom SR die Zustimmung für die Einmalausgaben von 1.5 Mio. Franken für die Velostation im Schlössli abholen möchte. Auf der Nordseite des SBB Bahnhofes Burgdorf, auf der Seite gegen die Ey, besteht ein Veloabstellplatz quasi auf der grünen Wiese für zirka 200 Fahrräder. Die Fahrräder stehen auf privatem Grund. Dieser wird nun durch die Überbauung des Schlössliareals nicht mehr nutzbar sein. Dies ist die Ausgangslage und als Bestandteil der Überbauung, dass eine unterirdische Velostation im Gebäude West errichtet wird. Dies ist auch Teil des kommunalen Richtplans und in der Massnahmenliste des Agglomerationsprogramms Burgdorf. Dieses wurde in den Überbauungsvorschriften der Teilüberbauungsordnung integriert. Daher ist die Stadt Burgdorf in der Pflicht eine Velostation zu errichten und zu finanzieren. Alle weiteren Ausgangslagedetails sind in der Stadtratsvorlage beschrieben. Der Mieterausbau wird für 202 Fahrräder im öffentlichen Teil und im bewachten kostenpflichtigen Teil für 42 Fahrräder ausgebaut. Der öffentliche Teil könnte auf zirka 300 Fahrräder ausgebaut und der bewachte Teil könnte auch noch etwas erweitert werden. Diese Kosten sind aber nicht eingerechnet. Im Moment werden jeweils gegen 170 Fahrräder abgestellt. Im Gespräch mit der

Helvetia versucht die Stadtentwicklung entlang der Bahnlinie eine Übergangslösung zu initiieren. Die räumliche Disposition dieser Veloabstellplätze wird im Zusammenhang mit der Baustelleninstallation definiert. Der Fortbestand der vorhandenen gedeckten Veloabstellplätze auf dem linken Weg in Richtung Krafi wird ebenfalls in diesem Zusammenhang geprüft. Es soll ebenfalls auf dem Areal Chalet Schafroth eine Übergangslösung für 10 bis 15 Jahre umgesetzt werden. Die Stadt Burgdorf wächst und deshalb müssen auch für das Nordquartier ausreichend Abstellplätze vorhanden sein. Es sind diverse Parteien mit der Überbauung Schlössli und der unterirdischen Velostation involviert. Die Bauherrschaft hat die Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft AG. Die Gesamtprojektleitung, die Planung sowie das Baumanagement und die Ausführung hat die Marti Gesamtleistungen AG. Der Architekt ist die Rykart Architekten AG. Das Überbaurecht für die unterirdische Velostation liegt bei der Stadt Burgdorf. Die Stiftung intact ist als Betreiberin der Velostation im Auftrag der Stadt Burgdorf vorgesehen. Dies wäre eine logische und kompetente Lösung aufgrund der Nähe, der Erfahrung und des Know-how. Diesbezüglich besteht jedoch noch keine Vereinbarung. Die einmaligen Kosten beinhalten den Grundausbau der Velostation durch die Helvetia für die Stadt Burgdorf sowie den Mieterausbau für den späteren Betrieb. Die Kosten für den Grundausbau sind indiziert per 12. September 2023 mit aktuellem Baupreisindex. Gemäss Kostenzusammenstellung der Marti AG inklusive der Reserve von 10 Prozent und der MWSt von 8.1 Prozent betragen die totalen Kosten 1.5 Mio. Franken. Die Stadt Burgdorf übernimmt die unterirdische Velostation im Grundausbau. Damit die Velostation anschliessend als solche betrieben werden kann, werden bauliche Massnahmen in der Velostation notwendig. Grundsätzlich war man sich in der Projektgruppe einig, dass die Velostation möglichst einfach ausgestaltet werden soll. Der GR hat bereits Einsparungen beschlossen. Für den Ausbau sind weitere rund Fr. 400'000.-- notwendig. Das ergibt total Kosten von 1.841 Mio. Franken. Das Überbaurecht dauert 50 Jahre bis am 31. Dezember 2073. Die Parteien verpflichten sich zwei Jahre vor Ablauf betreffend eine mögliche Verlängerung des Überbaurechts in Verhandlung zu treten. Die 50 Jahre macht Sinn, weil der Lebenszyklus eines Baus rund 40 bis 50 Jahre dauert. Es gibt dadurch auch eine gute Grundlage. Der jährliche Baurechtszins beträgt nach dem üblichen Schema der Stadt Burgdorf Fr. 4'295.70. Der SR wird über diese Kosten lediglich in Kenntnis gesetzt, weil sie in die Kompetenz des GR fallen. Die Kosten werden aus dem Parkplatzfonds genommen. Die Folgekosten gehen zulasten der Erfolgsrechnung. Die Schuldenentwicklung ist ebenfalls ein Thema. Durch die einmalige Zahlung werden die Verbindlichkeiten um rund 1 Mio. Franken ansteigen. Der SR wird gebeten, den vier Anträgen zuzustimmen.

Stadträtin Maurer Roschi Franca möchte wissen, warum statt der möglichen 300 nur 200 Parkplätze geplant sind. Warum werden nicht von Anfang 300 Parkplätze realisiert?

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass es einerseits aus Kostengründen ist und zweitens, weil es nicht nötig ist. Im Schafrothareal wird ja auch erweitert.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, hat eine Verständnisfrage und möchte wissen, wie gross die finanzielle Belastung für die öffentliche Hand insgesamt ist. So wie man den Text versteht, sind unter den wiederkehrenden Kosten insgesamt Fr. 4'295.70 ausgewiesen. Das ist nicht weltbewegend, aber vermutlich kommen noch Versicherungskosten, Unterhalt, Reinigungskosten und insbesondere die Kosten aus dem Betreibervertrag dazu. Wen man diese Kosten zusammenzählt, kann jemand Auskunft geben, wie hoch die Kosten insgesamt für die öffentliche Hand sein werden.

Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass wie erwähnt der Baurechtszins belastet wird und das andere sind die Abschreibungen und Zinsen. Das macht Fr. 111'000.-- pro Jahr über 25 Jahre. Dieser Beitrag wird dem Parkplatzfonds belastet, was bei der Planung auch so vorgesehen war. Der

Betreibervertrag muss noch ausgehandelt werden, deshalb ist es schwierig dort eine Antwort zu geben.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, möchte wissen, ob die Versicherung, der Unterhalt und die Reinigung Bestandteil des Betreibervertrages ist. Gibt es eine Schätzung, was der Betreibervertrag kosten wird?

Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass dies noch ausgehandelt werden muss. Versichern muss man es sicher. Zum Betreibervertrag können keine Details genannt werden.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt für die Antwort, auch wenn sie unbefriedigend ist.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man den Veloverkehr in Burgdorf unterstützt und auch das Projekt der Velostation Schlössli respektive den Dienstbarkeitsvertrag für das Überbaurecht und die Einmalzahlung im Grundsatz. Zum einen Teil ist es auch ohnehin in der Teilüberbauungsordnung so vorgesehen und andererseits kann die zum Teil chaotische Abstellerei sinnvoll gelöst werden. Auch dass die Lösung mit Privaten, in diesem Fall mit der Helvetia Versicherung, realisiert werden kann, erachtet man als sinnvoll und der verlangte Baurechtszins von Fr. 9.-- pro Quadratmeter ist angemessen. Leider muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das vorliegende Projekt massiv mehr kostet als ursprünglich geplant, trotz den geplanten Einsparungen. Ganze 58 Prozent überschreitet das Projekt die budgetierten Kosten, auch wenn gewisse Reserven vorgesehen waren. Es ist nicht alleine auf die Teuerung und die Erhöhung des Baupreisindex zurückzuführen. Nur weil das Geld aus dem Parkplatzfonds stammt und vorhanden ist sowie der Bund und Kanton das Projekt mit Fr. 300'000.-- unterstützen, ist es noch viel Geld. Der Gemeinderat (GR) hält lapidar fest, dass die Ausgaben tragbar sind. Es befinden sich per Ende 2022 8.9 Mio. Franken in der Spezialfinanzierung. Der Parkplatzfonds ist kein Selbstbedienungsladen und gemäss der Parkplatzverordnung geht es vor allem um die Erhöhung des Angebotes an Velounterständen. Wenn das Geld vorhanden ist, soll sparsam mit den Steuergeldern umgegangen werden, auch mit den Spezialfinanzierungen. Man würde es begrüßen, wenn das Projekt angepasst wird. Die FDP-Fraktion hat deshalb den Antrag gestellt, auf die bewachte Velostation mit 42 Veloparkplätzen zu verzichten. Stattdessen sollen zusätzlich kostenlose zur Verfügung gestellte Veloabstellplätze geschaffen werden und die Kosten für den Mieterausbau, zum Beispiel für das Tor, sollen eingespart werden. Weiterhin würde man es begrüßen, wenn wie vorgesehen der unbewachte Teil zumindest mit Video überwacht wird. Am Bahnhof besteht bereits eine bewachte Velostation, die nicht voll ausgelastet ist. Entsprechend hofft man, dass der Antrag beziehungsweise der Vorstoss für eine Veloquerung am Bahnhof realisiert werden kann, was auch die Attraktivität der bestehenden bewachten Velostation steigern würde. Mit dem geplanten Umbau des SBB Bahnhofes ergeben sich allenfalls weitere Möglichkeiten, auch im Bereich einer bewachten Velostation. Die FDP-Fraktion stellt sich auch noch eine Frage betreffend Ausstandsregelung gemäss Artikel 47 des kantonalen Gemeindegesetzes bei dem für unmittelbar betroffene Gemeinderatsmitglieder eine Ausstandspflicht gilt. In den Interessenbindungen des GR ist Gemeinderat Bucher Theophil als Geschäftsführer der Stiftung intact aufgeführt. Also die Stiftung, welche die bewachte Velostation gemäss dem vorgesehenen Vertragskonzept betreiben soll und ein direktes Interesse am Betrieb einer weiteren bewachten Velostation hat. Gemäss dem vorgesehenen Vertragskonzept möchte der GR in einer freihändigen Vergabe die Stiftung intact berücksichtigen. In diesem Sinn möchte man wissen, ob Gemeinderat Bucher Theophil bei den drei Gemeinderatssitzungen, wo das Geschäft behandelt wurde, in Ausstand getreten ist und falls nicht, eine Erklärung, warum dies nicht der Fall war. Die FDP-Fraktion dankt für

die Unterstützung des Antrages der FDP-Fraktion auf den Verzicht der bewachten Velostation. Die restlichen Anträge werden von der FDP-Fraktion unterstützt.

Antrag FDP-Fraktion

Auf den Teil der bewachten Velostation (42 Plätze) wird verzichtet. Stattdessen sollen zusätzliche unbewachte Abstellplätze geschaffen werden. Die entsprechenden Kosten für den anfallenden Mieterausbau, welche im Zusammenhang mit der bewachten Velostation fallen, sind zu streichen bzw. zu reduzieren.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass es aus Sicht der Baudirektion ein paar Punkte gibt, die heute Morgen mit Imhof Mark, Leiter Stadtentwicklung, und Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, besprochen wurden. Das Projekt ist auch ein Umsetzungsgeschäft der Baudirektion. Schon seit langer Zeit ist eine entsprechende Velostation geplant worden. Es ist eine Pflicht für die Stadt Burgdorf, die entsprechende Überbauungsordnung beizubehalten, wie auch für den Bauherren. Vor vielen Jahren hat sich die Stadt Burgdorf eine Pflicht auferlegt jetzt das umzusetzen. Die Planung der Veloabstellplätze auf der Nordseite basiert auf einer Studie, die 2018 gemacht wurde vom Büro für Mobilität. Die Studie enthält eine schweizweite Umfrage aus dem Jahr 2017 zum Betrieb von Velostationen, insbesondere auch zum Bedarf von Anzahl Veloabstellplätze für eine vorgegebene Bevölkerungszahl. Die Zahlen kennt man schweizweit sehr gut und kennt die Entwicklung und den Bedarf in Quartieren, wenn verdichtet gebaut wird. Eine weitere Grundlage ist die Arbeitshilfe "Anlagen für den Veloverkehr" vom Tiefbauamt des Kantons Bern aus dem Jahr 2015 sowie der Leitfaden "Veloparkierung", welcher gemeinsam vom ASTRA und Pro Velo Schweiz herausgegeben wurde. Zudem wird das Handbuch "Veloparkierung" vom ASTRA berücksichtigt. Alle Unterlagen sind in den Jahren 2008 bis 2017 als Grundlage erarbeitet worden und sind leitgebend bei solchen Planungen. In der Variantenstudie, welche das Büro für Mobilität vorgelegt hat, hat man der Stadt Burgdorf empfohlen eine entsprechende Redimensionierung vorzunehmen und hat klar aufgezeigt, dass die Grössenordnung zwischen 49 und 136 bewachte Plätze nötig sind. Bei den unbewachten Plätzen im Gesamtvolumen hat man 240 bis 315 Plätze verifiziert. Mit der vorliegenden Velostation ist man an der unteren Grenze bei den unbewachten Plätzen und erst recht bei den bewachten Plätzen. Man will den Bedarf auf der Nordseite abdecken. Die Arbeitsgrundlage aus dem Jahr 2018 war nicht in den Stadtratsunterlagen aufgeschaltet, was noch sinnvoll hätte sein können. Man ist überzeugt, dass es auch auf der Nordseite eine bewachte Velostation braucht. Die Unterquerung der Gleise ist ein grosses Anliegen. Ein entsprechender Vorstoss wurde bereits vor Jahren im SR eingereicht. Es ist aber klar, dass diese Unterquerung erst mit dem Bahnhofumbau, frühestens in sieben bis zehn Jahren, realisiert werden kann. Man wartet also noch viele Jahre, dass man problemlos die Nordseite zur Südseite queren kann. Der höhere Platzbedarf auf der Nordseite, vor allem der Ersatz der jetzigen Wildparkplätzen, ist akut und wächst in den nächsten Jahren. Burgdorf hat die aktuelle Velostation auf der Südseite, welche durchaus ausgelastet ist. Im Winter sind die Rent a Bike auch in der Velostation untergebracht, welche im Sommer nicht immer dort sind. Im Winter ist die Nachfrage geringer nach Rent a Bike als im Sommer. Die Velostation dient verschiedenen Zwecken. Für die E-Bikes hat es bei der bewachten Velostation mangelhaft Platz. Für Roller und Töffs hat es zu wenig Platz gemäss Bedarf. Aktuell herrscht am Bahnhof ein akutes Diebstahlproblem. Die Polizei hat bereits im Spätfrühling über eine längere Zeitdauer eine rund um die Uhr Überwachung bei den Veloabstellplätzen gemacht. Es wird ein bandenmässiges abtransportieren von wertvollen Velos vermutet. Für wertvolle Velos ist es nicht nur wichtig eine Videoüberwachung zu haben, sondern auch die Möglichkeit einer bewachten Velostation. Es besteht generell ein Mangel an Veloabstellplätzen im Raum des Bahnhofs. Es besteht auch ein Mangel an einer bewachten Velostation, auch wenn die Möglichkeit nur auf der Südseite besteht. Mittel- und langfristig wird mit dem Bahnhofumbau die ganze Velobewachung neu geregelt. Die Stadt Burgdorf ist zusammen mit der SBB an der Planung. Der Zeithorizont beträgt rund 10 Jahre.

Dann wird sich die heutige Velostation wahrscheinlich erübrigen, weil die SBB einen Eigenbedarf anmeldet und das Areal entwickelt. Diese Lösung ist aber noch in weiter Ferne. Das Problem muss deshalb jetzt für die nächsten 10 bis 20 Jahre gelöst werden. Was man jetzt baut beziehungsweise das Zutrittssystem muss sowieso nach einer gewissen Lebensdauer saniert werden. Burgdorf ist Velostadt und muss die Anliegen für Veloabstellplätze und dem Langsamverkehr gerecht werden. In der Zielsetzung der Klimavision und der Klimastrategie ist die Erhöhung des Anteils vom Veloverkehr ein zentrales Anliegen der Stadt Burgdorf. Zur Frage betreffend Ausstand ist es so, dass Gemeinderat Bucher Theophil bis jetzt nicht im Ausstand war, weil es ein Planungsgeschäft war. Wenn es aber um die Frage geht, wer die Velostation betreibt, wird er selbstverständlich in Ausstand treten. Das Betreiben einer Velostation ist kein gewinnbringendes Geschäft, sondern eher ein defizitäres Geschäft.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die Videoüberwachung sowieso für die ganze Velostation geplant ist. Wenn auf die bewachte Velostation verzichtet wird, können rund Fr. 10'000.-- eingespart werden. Es wird aber darauf aufmerksam gemacht, dass es beides braucht. Die bewachte Velostation soll nicht gestrichen werden.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Partikularinteressen gleich vertreten werden. Man merkt, dass man die bewachte Velostation möchte. Deshalb ist man von der Antwort nicht wirklich befriedigt. Man erwartet bei solchen Situationen einen Ausstand. Wenn es bei einem FDP-Gemeinderatsmitglied wäre, hätte man es genau gleich erwartet. Man erwartet deshalb eine höhere Sensibilität.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man gut, schön und richtig findet, dass es endlich vorwärts geht mit zusätzlichen Veloparkplätzen auf der Nordseite des Bahnhofes. Die Veloparkierung war auf dieser Seite zum Teil wirklich sehr wild. Es ist ein gutes Projekt und wird von der Grüne-Fraktion auch gutgeheissen. Es ist aber nicht ganz klar, wie das Projekt zustande gekommen ist. Im Tool hat man die Frage gestellt, wie gross der Bedarf beziehungsweise die Nachfrage nach abschliessbaren Veloabstellplätze ist und diese Frage wurde schlicht nicht beantwortet, stattdessen hat man eine Menge Grundlagen, die zu dieser BFM-Studie geführt haben, erläutert bekommen. Stadtrat Merz Adrian konnte nicht alles lesen, aber er hat die Umfrage zur Nutzung und Betrieb von Velostationen angeschaut. Diese Umfrage stützt sich auf stolze 830 Rückmeldungen, wovon die Hälfte davon Leute sind, die bereits eine abschliessbare Velostation nutzen und die andere Hälfte benützen gratis Parkplätze. Wenn man eine solche Basis nimmt, ist es klar, dass abschliessbare Veloabstellplätze zwingend nötig sind. Ebenfalls in dieser Umfrage steht, dass häufig noch Kapazität besteht. 62 Prozent von allen Velostationen, die teilgenommen haben, sind weniger als zu dreiviertel ausgelastet und das an Werktagen. An Werktagen stellen die Pendler und Pendlerinnen ihre Fahrräder ab. Es ist deshalb nicht klar, wie es zu dieser Planung gekommen ist mit den 202 gratis Abstellplätzen und 42 bewachten Abstellplätzen. Dazu konnte keine Antwort in den Grundlagen gefunden werden. Die Frage, die sich nun stellt beim Betrachten des Antrages der FDP-Fraktion ist, wenn man auf den bewachten Teil verzichtet, gibt es zusätzliche Veloabstellplätze zu den total 244 geplanten Plätzen und was hat es für finanzielle Auswirkungen. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice hat bereits mitgeteilt, dass man mit rund Fr. 10'000.-- weniger rechnet. Das reicht so als Antwort. Die Grüne-Fraktion wird selbstverständlich der Velostation zustimmen und höchstwahrscheinlich auch dem Antrag der FDP-Fraktion.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, beantragt eine Pause.

Stadtratspräsident Greisler Yves teilt mit, dass zuerst noch Stadtrat Thompson Ian sein Votum halten wird und im Anschluss eine Pause erfolgen wird.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man die Erweiterung der Velostation zum zusätzlichen Angebot grundsätzlich unterstützt. Die Finanzierung durch den Parkplatzfonds ist erfreulich sowie die wahrscheinliche Unterstützung durch die Stiftung intact als Betreiber der Anlage. Das heisst aber eine gute Abstimmung durch die Verantwortlichen für die zwei Veloabstellplätze wird vorausgesetzt. Mit den hohen Kosten des Projektes soll gut umgegangen und wo möglich sollen Kosten eingespart werden. Wie viele der bewachten Veloabstellplätze wirklich notwendig sind, ist offen angesichts der nicht benützten Plätze in der bestehenden Velostation. Deshalb wird der Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich unterstützt. Es soll zumindest überprüft werden und allenfalls weitere kostenlose Abstellplätze zur Verfügung gestellt werden.

PAUSE

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich sehr ausführlich mit dem Geschäft beschäftigt und mit den Vor- und Nachteilen auseinandergesetzt hat. Man ist erfreut, dass man am Horizont eine Lösung sieht. Man wartet im Nordquartier schon seit Jahrzehnten auf eine anständige Abstellmöglichkeit für Velos. Was Sorgen bereitet ist, dass man nicht gleich von Anfang an den Ausbau auf 300 Plätze angestrebt hat. Burgdorf ist Velostadt und man hat eine Kultur, dass man mit dem Velo zum Bahnhof fährt und mit dem Zug weitergeht. Das wäre ein Zeichen gewesen, dass man auf das Thema mit 300 Plätzen setzt. Es ist auch wichtig, dass während der Bauzeit Alternativen zur Verfügung stehen. Es wurde heute bereits angedeutet, dass parallel zu Gleis 6 ein provisorischer Unterstand vorgesehen ist. Man hofft, dass nicht noch eine dritte Runde folgt bis zum Baubeginn im Schlösliareal. Die SP-Fraktion hat sich ebenfalls mit dem Antrag der FDP-Fraktion auseinandergesetzt. Man ist sich nicht ganz einig. Man unterstützt im Grundsatz den Vorschlag, aber man erwartet, dass das gesparte Geld in den Ausbau der 300 Plätze videoüberwacht investiert wird.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass er an der Gemeinderatssitzung abwesend war als das Geschäft verabschiedet wurde. Er hat Stellung bezogen als Verantwortlicher für Verkehr, Energie, Mobilität und Umwelt und nicht als Geschäftsführer der Stiftung intact. Krebs Sabrina, Projektleiterin Mobilität, ist für diese Fragen zuständig. Als Mobilitätsstadt muss man einen gewissen Standard bieten. Man hat gehört, dass die Leute aus dem Nordquartier, und das ist ein stark wachsendes Quartier, momentan einen schlechten Zugang zu Veloabstellanlagen haben, insbesondere auch zu bewachten Veloabstellplätzen. Sie müssen zum Teil grosse Umwege fahren. Velos in der Preisklasse eines Rennrades oder E-Bikes werden sehr oft gestohlen. Man muss diese Velos in Bern oder Burgdorf oft an Orten abstellen, die nicht sicher sind. Eventuell bleibt das Velo auch unerwartet einmal über Nacht dort und das ist schon fast ein Diebstahlurteil. Das kann nur mit überwachten Plätzen verhindert werden. Bei einer Videoüberwachung müssen die Bilder auf einen Screen und das kann man an zwei oder drei Orten ansiedeln. Das wird der GR aber erst noch diskutieren und entscheiden. Man kann es der Kapo geben oder dort wo es jetzt bereits ist, bei der Stiftung intact. Die Bilder werden angesehen und so gesehen überwacht. Die Kameras braucht es, auch zur Sicherheit von Frauen. Oberirdisch ist dies weniger ein Thema. Es muss eine Lösung geben, dass irgendjemand die Bilder überprüft und auswertet.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man viele kritische Punkte zu dieser Velostation gehört hat, auch wenn es nur um den abschliessbaren Bereich geht. Die Velostation bringt viel für das Nordquartier. Die SP-Fraktion hat bereits vor über 10 Jahre nachgefragt, wann es endlich eine Lösung für das Nordquartier gibt. Damals hiess es bald. Veloabstellplätze im Bereich des Bahnhofes sind wichtig und unbestritten, insbesondere im Bereich nördlich der Bahnlinien. Die ganze Vernetzung des Langsamverkehrs mit dem öV ist wichtig. Das Einzugsgebiet, das hat man auch an der

Informationsveranstaltung gehört, geht von Ey, Neumatt, Felsegg, Gyrischachen über die östlichen Gebiete bis ins Südquartier und ins Emmental. Für eine gute Vernetzung der Veloroute braucht es auch genügend Veloabstellplätze. Für gute Abstellplätze und eine gute Infrastruktur braucht es verschiedene Typen von Abstellplätzen, nämlich gratis, billig und wenn möglich gedeckt, aber auch abschliessbare Plätze, wie diese im Schlössli vorgesehen sind. Bei den abschliessbaren Plätzen kann man offenlassen, ob man was bezahlen muss oder nicht. Man kann auch der Meinung sein, dass der Velofahrer, der eine luxuriöse Lösung will, dafür zahlen soll. Das wäre ein liberaler Ansatz. Bei der Unterführung Ost braucht es aber auch eine Verbesserung des jetzigen Zustandes, nämlich bei der Felseggstrasse. Zusätzlich muss es in Zukunft bei der Unterführung West auch Veloabstellplätze geben. Man muss es im gesamtheitlichen Zusammenhang anschauen, zum Beispiel die Nordseite mit dem Veloring um die Stadt Burgdorf mit Anbindung der Felseggstrasse, Floraweg und Eystrasse. Man will ja mehr Langsamverkehr. Der Langsamverkehr soll gegenüber dem motorisierten Individualverkehr erhöht werden. Es sollen mehr Autos von der Durchgangssachse auf den öV gebracht werden. Dann hätte man weniger Autos auf der Achse Kirchberg, Burgdorf und Oberburg. Das wäre das Ziel. Das vorliegende Projekt ist ein kleines Puzzleteil, das dies unterstützt. Wer es heute Abend vor Ort noch anschauen will und sagt es sei nichts los in Burgdorf, nebenan im Krafi ist heute Abend Irisch-Session.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass es ihn als Betriebswirtschafter stört und irritiert, dass man offenbar über etwas abstimmen soll bei dem man die wiederkehrenden Kosten nicht kennt. Ein Teil der wiederkehrenden Kosten ist bekannt. Kann jemand der Exekutive sagen, was der Betreibervertrag in etwa kosten könnte? Wo wird die Notbremse gezogen und gesagt, so viel zahlen wir nicht? Man muss doch wissen, welche wiederkehrenden Kosten auf uns zukommen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass der Betrag nicht gesagt werden kann. Was man weiss ist, dass die bewachte Velostation kostenpflichtig sein wird, aber es ist nicht so, dass die Kosten gedeckt sind. Der Betreibervertrag ist noch nicht in Verhandlung und deshalb können die Kosten nicht beziffert werden.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, möchte wissen, ob in Anzahl von tausenden Franken geschätzt werden kann.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass man es nicht sagen kann, aber der Betrag ist sicher nicht über Fr. 10'000.--.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt für diese Aussage.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über das Vorgehen zur Abstimmung. Zuerst wird der ursprüngliche Antrag des GR zur Ziffer 1 dem Antrag der FDP-Fraktion gegenübergestellt. Im Anschluss erfolgt die Gesamtabstimmung.

Abstimmung

Antrag GR: 8 Stimmen

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Velostation Schlössli gemäss den Ausführungen in dieser Vorlage.

Antrag FDP-Fraktion: 28 Stimmen

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Velostation Schlössli gemäss den Ausführungen in dieser Vorlage, jedoch ohne bewachte Velostation.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 28 gegen 8 Stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Gesamtabstimmung

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Velostation Schlössli gemäss den Ausführungen in dieser Vorlage, jedoch ohne bewachte Velostation.
2. Er bewilligt einen Investitionskredit in der Höhe von CHF 1'841'000.00 (Beitrag an Helvetia CHF 1'500'000.00 Sachgruppen-Nr. 5650.01 Beiträge an private Unternehmen, Kostenstellen-Nr. 3210.5650.01 Velostation Schlössli – Beitrag Helvetia; Mieterausbau CHF 341'000.00: Sachgruppen-Nr. 5010.06 Velostation, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.08 Velostation Schlössli - Mieterausbau).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Mit dem Vollzug wird die Finanzdirektion beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja Stimmen bei 3 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2023-701 | Registratur-Nr. 3.4.1

Budget 2024 und Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027

Verhandlung

Stadtratspräsident Greisler Yves stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man am 20. Oktober 2023 an der ordentlichen Sitzung das Budget eingehend beraten hat. Als Auskunftspersonen waren Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, anwesend. Die GPK bedankt sich für die Arbeit, welche für den Budgetprozess sowie die entsprechenden Dokumente geleistet wurde. Insbesondere der erneut verbesserte und wohl bald einmal nicht mehr optimierbare Kompass ist bei der GPK sehr gut angekommen. Ebenfalls wurden die meisten der anlässlich der GPK-Sitzung noch vorgebrachten materiellen und redaktionellen Anpassungsvorschläge umgesetzt. Die Ausführungen zum Budgetprozess und zur Klausur an der Informationsveranstaltung begrüsst die GPK sehr. Es ist generell nicht Aufgabe der GPK politisch zu beurteilen, sondern lediglich festzustellen. Was die gesetzgebende Instanz, also der SR damit macht, ist deren Sache. Grundsätzlich gilt es festzustellen, dass es in der aktuell nach wie vor sehr unsicheren Lage wohl müssig ist, darüber zu diskutieren, ob man beispielsweise bei den Steuereinnahmen zu optimistisch oder zu pessimistisch war. Weiter ist der

Kanton nach wie vor kein zuverlässiger Partner mit schwankenden Abgaben und Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden. Die Vorgabe ist ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Dies wäre ohne die am 22. Juni 2020 durch den SR beschlossene Auflösung der Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken wohl kaum zu bewerkstelligen. Dazu gilt es zu sagen, dass erstens diese Auflösung nicht liquiditätswirksam und zweitens ab 2026 nicht mehr möglich ist. Dadurch und auch aufgrund der anstehenden Investitionen werden erstens ein zu tiefer Selbstfinanzierungsgrad mit einer damit verbundenen Neuverschuldung und zweitens ein schrumpfendes Eigenkapital die Folge sein. Beides ist im Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 ersichtlich. Diese Kennzahl lässt sich, wie zahlreiche andere auch, nur durch drei Massnahmen verbessern. Erstens Steigerung der laufenden Einnahmen, zweitens Senkung der laufenden Ausgaben und drittens Senkung der Nettoinvestitionen. Eine grundsätzlich legislativ-politische Aufgabe. Namens der GPK dankt Stadtrat Gerber Thomas nochmals allen Beteiligten für die seriöse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2024. Die GPK empfiehlt dem SR dieses zur Behandlung. Zum Schluss noch eine Bitte, dies nicht zum ersten, sondern letzten Mal, dass sich die Wiederholungen in Grenzen halten sollen. Die grundsätzlichen Inhalte des Budgets sind allen bekannt.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass das Budget 2024 bei einem Umsatz von 110 Mio. Franken auf Stufe operatives Ergebnis im Gesamthaushalt, allgemeiner Haushalt und Spezialfinanzierung, mit einem Aufwandüberschuss von 2.6 Mio. Franken abschliesst. Das Ergebnis ist damit um 0.5 Mio. Franken schlechter ausgefallen als im Budget 2023. Vom Ziel ein positives operatives Ergebnis erzielen zu können, hat man sich weiter entfernt. Ebenso wurde der Richtwert, vor Entnahme aus der Neubewertungsreserve ein ausgeglichenes Ergebnis im allgemeinen Haushalt zu erzielen, mit einem Verlust von 0.3 Mio. Franken nicht erfüllt. Im Vergleich zur Rechnung 2022 beträgt die Differenz im operativen Ergebnis 2.1 Mio. Franken. Der Bilanzüberschuss verbleibt bei 5.9 Mio. Franken. Der Budgetprozess wurde am 27. Februar 2023 mit der Überarbeitung der Produktgruppen, Produkten sowie den Wirkungs- und Leistungszielen gestartet. Am 24. April 2023 fand die gemeinderätliche Strategieklausur statt, die unter Einbezug folgender interner Dokumente durchgeführt wird: Leitbild, Legislaturplan, altes Budget, Finanzplan, Geschäftsbericht, Parlamentserklärungen, Vorstösse und die Ergebnisprüfung der GPK. Aber auch externe Veränderungen werden analysiert und einbezogen, vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde, wie der Zuzug von Firmen und Personen, die Steuern und Steuererleichterungen sowie was beim Kanton und Bund geht. Die Vorgaben zum Budget 2024 hatten zwei Neuerungen. Die Steueranlagen bleiben unverändert. Der allgemeine Haushalt muss mindestens ausgeglichen sein. Bei den Lohnkosten hat man plus 1 Prozent und 1 Prozent für die Teuerung vorgesehen. Eine erste Erneuerung war, dass neue Stellen bis am 31. Mai 2023 gemeldet werden müssen, um berücksichtigt zu werden. Nicht umgesetzte Massnahmen zum Budget 2023 mussten nochmals überprüft werden. Am 19. Juni 2023 fand die Entscheidungsklausur des GR statt. Da die Teuerung noch auf sehr hohem Niveau war, wurde die Teuerung von 1 auf 2 Prozent angepasst. Das bedeutet, dass man sich bezüglich der Teuerung nicht wie bisher am Kanton orientiert, sondern fix, egal wie die Teuerung sein wird, 2 Prozent ausrichtet. Bei der ersten Lesung des Budgets 2024 wies der allgemeine Haushalt einen Verlust von 2.1 Mio. Franken aus. Das war nicht akzeptabel und aus diesem Grund hat die Finanzdirektion bis zur 2. Lesung Verbesserungsmöglichkeiten von 1.8 Mio. Franken aufgezeigt. Auch in diesem Budget wird die Einlage in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude von 4.7 Mio. Franken vorgeschlagen. Per Ende 2024 wären dann in dieser Spezialfinanzierung total 32 Mio. Franken. Der restliche Gewinn von Fr. 351'000.-- sind als Einlage in die Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung vorgesehen. Es können im Gesamthaushalt 2.1 Mio. Franken ohne Neuverschuldung investiert werden. Das geforderte ausgeglichene operative Ergebnis wurde nicht erreicht und ist um 0.5 Mio. Franken schlechter als im Budget 2023. Es sind Nettoinvestitionen von 11.8 Mio. Franken geplant. Erfahrungsgemäss werden rund 50 Prozent der Investitionen umgesetzt werden. Viele Projekte haben grosse Abhängigkeiten. Es sind rund 40 Mio.

Franken verzinste und unverzinste städtische Darlehen vorhanden, zum Beispiel Casino Theater, Markthalle und Eishalle. Im Jahr 2023 betrug dieses noch 48 Mio. Franken. Das Verwaltungs- und Finanzvermögen beläuft sich auf 220 Mio. Franken. Im Jahr 2023 betrug dieses 216 Mio. Franken. Die langfristigen Schulden betragen 102 Mio. Franken. Im Jahr 2023 betragen diese 106 Mio. Franken. Nachdem seit 2017 in jedem Geschäftsjahr die Schulden abgebaut werden konnten, gab es im 2022 erstmals einen Zuwachs auf das Niveau von 2019. Im 2023 folgte ein erneuter Zuwachs. Die Nettoschulden pro Einwohner betragen Fr. 904.--. Im Jahr war dies Fr. 898.--. Diese Kennzahlen und weitere, welche an der Informationsveranstaltung vorgelegt wurden, dienen als Vergleichszahlen und als Finanzgesundheitscheck. Burgdorf wird dabei mit vier weiteren vergleichbaren Gemeinden verglichen und dabei steht Burgdorf auf dem zweiten Platz. Burgdorf will sich nicht an den Schlechten, sondern den Besten messen. Die Personalkosten nehmen um 1.8 Mio. Franken zu. Im Budget 2023 sanken sie um 0.7 Mio. Franken. Die Amortisation des Darlehens durch den Primatwechsel bei der Pensionskasse entfällt ab 2024. Der Wechsel ist vollzogen. Das Lohnwachstum von 1 Prozent bedeutet Budgetkosten von Fr. 200'000.--. Die Teuerung mit 2 Prozent bedeutet Fr. 400'000.--. Der Stellenetat ist im Budget 2024 dargestellt. Drei Stellen wurden im 2023 per Nachkredit bewilligt und erscheinen deshalb jetzt erstmals im Budget 2024. Neun weitere Stellen wurden neu im Budget 2024 budgetiert. Davon werden zwei Stellen via Lastenausgleich fremdfinanziert. Auf Wunsch des SR sind diese Angaben in der Stadtratsvorlage ersichtlich. Alle Stellen wurden begründet und mit den Stellenprozenten versehen. Diese Angaben werden künftig immer aufgezeigt. Die Steuereinnahmen verzeichnen ein Plus von 2 Mio. Franken. Im Jahr 2023 wurden 1.3 Mio. Franken budgetiert. Bei den natürlichen Personen ist eine Zunahme von 1.5 Mio. Franken und bei den juristischen Personen eine Zunahme von 0.4 Mio. Franken vorgesehen. Es ist aber immer ein bisschen Kaffeesatzlesen, weil man nicht weiss wie es den Firmen und den natürlichen Personen gehen wird. Die Liegenschaftssteuer bleibt trotz der regen Bautätigkeit unverändert. Mindererträge wurden bei den Grundstücksgewinnen budgetiert. Im 2023 wurden Mehrererträge budgetiert. Bei den Sonderveranlagungen wurden wiederum Mehrererträge budgetiert. Die Kantonsabgaben betragen rund 60 Mio. Franken. Im 2023 betragen diese 63.6 Mio. Franken. Der Minderaufwand ist vor allem auf tiefere Beiträge als prognostiziert an private Haushalte bezüglich der Sozialhilfe zu verzeichnen. Mehrausgaben ergeben sich beim Lastenausgleich öV und der Sozialhilfe. Minderaufwand sind bei den Ergänzungsleistungen zu verzeichnen. Der Transferertrag beträgt 30.6 Mio. Franken. Im 2023 betrug dieser 34.6 Mio. Franken. Beim Disparitätenabbau wird aufgrund des kantonalen Steuerindex mit einem höheren Beitrag gerechnet, weil Burgdorf im Vergleich eine eher steuerschwache Gemeinde ist. Die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Demgegenüber steht jedoch, dass sich die finanzielle Situation in den Jahren 2017 bis 2023 stets verbessert hat. Die Stadt Burgdorf sieht sich auch weiterhin mit unsicheren Preisen, wie beim Strom, Gas und Baukostenindex, konfrontiert. Der Ausblick ist dank den getroffenen und weiteren Budgetverbesserungsmassnahmen für das Budget 2025 nicht nur negativ. Im Planjahr 2025 ist die Entnahme aus den Neubewertungsreserven von 5.4 Mio. Franken ein letztes Mal berücksichtigt. Im Jahr 2026 entfällt die Entnahme. Es müssen Sparmassnahmen kompensiert werden. Im 2024 ist die Substanzdividende der Localnet AG von 10 Mio. Franken berücksichtigt. Die Kantonsabgaben steigen kumuliert bis 2027 um etwa 1.6 Mio. Franken. Im letzten Jahr hat man prognostiziert, dass diese steigen um 1.3 Mio. Franken. Vor allem ins Gewicht fällt der Lastenausgleich öV, Ergänzungsleistung, Lehrerlöhne und Sozialhilfe. Demgegenüber stehen die Steuern, die etwa im gleichen Mass steigen sollen, und man mit Mehrererträgen von 1.9 Mio. Franken rechnet. Im letzten Jahr hat man 1.3 Mio. Franken budgetiert. Bei den natürlichen Personen wird mit einem Wachstum von 2.3 bis 3.9 Prozent gerechnet. Die Erträge der juristischen Personen entwickeln sich weiter positiv. Diese Zahlen basieren auf Erfahrungszahlen, die man vom Kanton erhält. Die Entwicklung im allgemeinen Haushalt sieht im 2025 einen Gewinn von 5.6 Mio. Franken vor und ab 2026 wird mit einem Verlust von 1.4 Mio. Franken gerechnet sowie im 2027 mit einem Verlust von 1.6 Mio. Franken. Es sind deshalb noch Anstrengungen zu treffen. Die Entwicklung im Gesamthaushalt geht im Gleichschritt. Die

Legislaturplanung des GR sieht eine tragbare Schuldenlast vor und der Selbstfinanzierungsgrad im allgemeinen Haushalt mindestens 50 Prozent betragen muss. Bei beiden Zielen ist man auf Kurs. Die längerfristigen Schulden sind bekannt und betragen im 2024 102 Mio. Franken, im 2025 115 Mio. Franken, im 2026 111 Mio. Franken und im 2027 118 Mio. Franken. In den nächsten Jahren sind grosse finanzielle Investitionen zu erwarten wie Schulhaussanierungen und -erweiterungen, die nicht nur finanziell, sondern auch baulich und logistisch in einzelnen Direktionen einen grossen Aufwand verursachen. Diese Projekte werden über mehrere Jahre dauern. Die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf hat sich im Vergleich zu den sechs Vorjahren verschlechtert. Wie alle Jahre sind die Planwerte der Kantonsabgaben und der Steuererträge mit Unsicherheiten verbunden. Der Anstieg der Verbindlichkeiten kann dank der taktischen geschickten Etappierung minimiert werden. Positiv wirken sich auch die Ausschüttung der Neubewertungsreserve und die gut platzierte Ausschüttung der Substanzdividende der Localnet AG aus. Dank des gezielten Prozesses zu den Budgetverbesserungen wird eine Basis geschaffen, welche in den Planjahren 2025 bis 2027 die Ergebnisse im allgemeinen Haushalt nachhaltig verbessern müssen. Der GR unterstützt dieses Vorgehen. Der SR wird gebeten, dem Budget 2024 zuzustimmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt für die Ausarbeitung der Unterlagen, die klärende Informationsveranstaltung und man anerkennt die geleistete Arbeit, insbesondere die Budgetklausur, die zu Verbesserungen geführt hat. Die transparente Ausweisung der Lohnkosten beziehungsweise der budgetierte Teuerungsausgleich von 2 Prozent sowie die individuellen Lohnmassnahmen von 1 Prozent schaffen Klarheit und Transparenz. Würde man die Lohnmassnahmen streichen, könnte man zirka Fr. 400'000.-- besser budgetieren. An dieser Stelle erinnert Stadträtin Bannwart Gabriela an den Artikel 13 des städtischen Personalreglements, wo steht, dass die Stadt Burgdorf, wenn nicht anders geregelt, an die Kantonsbestimmungen gebunden ist. Der Kanton Bern hat für das Jahr 2024 ein Teuerungsausgleich von 2 Prozent und individuelle Lohnmassnahmen von 1.3 Prozent vorgesehen. Zusammengefasst gibt das 0.3 Prozent mehr als die Stadt Burgdorf. Das heisst, rückwirkend müsste es die Stadt Burgdorf sowieso korrigieren, weil man laut Personalreglement gebunden ist. Dass sich die finanzielle Lage im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat, hat auch die SP-Fraktion erkannt. Man anerkennt jedoch den Budgetprozess und die Budgetklausur, welche auch für das Jahr 2025 angemeldet ist. Man ist optimistisch. Man kann sich auch die Frage stellen, wie kann die Stadt Burgdorf sparen. Es müssten wohl Produkte und Projekte reduziert und städtischen Dienstleistungen heruntergefahren werden, was schlussendlich auch die Stadtentwicklung stark einschränkt. Wollen wir das wirklich? Schauen wir uns einmal die grossen geplanten Investitionen an. Was sind das für Investitionen und was ist es für Geld, das wir ausgeben? Man hat es in den letzten Jahren verpasst die städtischen Immobilien zu unterhalten und man hat Schulhäuser nicht saniert. Das holt uns jetzt ein. Das ist Geld und muss ausgegeben werden. Das sind Geschäfte, die vom SR genehmigt werden und wir stehen alle in der Verantwortung. In diesem Sinn und abschliessend kann festgehalten werden, dass die SP-Fraktion dem Budget 2024 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 geschlossen zustimmt.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man in den letzten Jahren immer darauf aufmerksam gemacht hat, dass unser Finanzschiff auf unruhige Gewässer zusteuert. Mit dem Budget 2024 können wir auf zwei Legislaturen, also bis 2017 zurückblicken, und man stellt fest, dass sich der Kurs des GR nicht verändert hat. Mit dem Finanzplan 2027 zieht der GR ein hilfloses Fazit, dass neue Stellen, der Lohnwachstum, höhere Investitionen und das steigende Zinsumfeld sowie die künftigen höheren Kantonsabgaben für Lehrerlöhne, Sozialkosten und Ergänzungsleistungen sich negativ auf die finanzielle Entwicklung auswirken. Der heute bereits eher schwache Selbstfinanzierungsgrad wird sich weiter verschlechtern und damit die Schuldenlast steigen, dies noch bevor die angesprochenen grossen Investitionen ins Gewicht fallen. Das ist eine Tatsache. Auf alle diese Gegebenheiten hat man

Jahr für Jahr aufmerksam gemacht. Nichts davon ist überraschend und war absehbar gewesen. Bis jetzt konnten auch keine Korrekturen wahrgenommen werden in all diesen Jahren. Das Schiff lässt man einfach weitertreiben. Es ist so, dass man in den vergangenen Jahren von ausbleibenden und aufgeschobenen Investitionen profitiert hat. Zudem hat man vor allem durch Sonderfaktoren profitiert, wie die Substanzdividenden der Localnet AG, unerwartete Steuererträge und die Neubewertungsreserve, die immer zur rechten Zeit da sind. Einerseits ein willkommener Segen und andererseits hat es die finanzielle Sicht immer wieder beschönigt. Man hat sich von den wirklichen Tendenzen immer ablenken lassen. Was vor allem stört, ist die Mentalität. Wenn keine Notwendigkeit aus dem GR da ist und auch kein politischer Wille, wenigstens dem SR ein Budget zur Genehmigung vorzulegen, das die Vorgaben erfüllt. Der Lapsus der fehlenden Fr. 300'000.-- wird der SR schon schlucken. Weit gefehlt, wenigstens von Seiten der FDP-Fraktion. Dafür wird der SR wieder mit zusätzlichen Stellen konfrontiert, nämlich 9 Stellen mit 740 Stellenprozenten. In einer Selbstverständlichkeit wird auch die Teuerung für die städtischen Mitarbeitenden mit 2 Prozent veranschlagt, sprich Fr. 400'000.--. Dazu kommen weitere Trostpflaster. Es wird gesagt, dass die Zahlen in den letzten Jahren immer besser ausgefallen sind als budgetiert. Das mag so sein, aber es mutet etwas komisch an, wenn man gleichzeitig für das Jahr 2023 ankündigt, dass die budgetierten Zahlen sehr wahrscheinlich nicht eingehalten werden können. Vor zwei Jahren hat Stadtrat Kämpf Jürg an dieser Stelle einen finanziellen Vergleich von Burgdorf mit 17 Gemeinden mit über 10'000 Einwohner gemacht. Wobei Burgdorf in der Gesellschaft bei den vier bis fünf schlechtesten Städten eingebettet war. Jetzt folgt das Trostpflaster, denn man misst sich nicht an den Besten, sondern den vier bis fünf Schlechtesten. Genau diese Mentalität kreierte die FDP-Fraktion an. Wie bereits erwähnt, schaut man zurück auf zwei Legislaturperioden. Mit dem Budget 2024, wenn es dann so eintrifft, hat man zusätzliche Steuereinnahmen generiert von 7.1 Mio. Franken. Das ist eine Zunahme von 17.5 Prozent. Auf der anderen Seite hat man einen Personalkostenzuwachs von 6.1 Mio. Franken, was eine Zunahme von 27 Prozent ist. Es bleibt also 1 Mio. Franken der zusätzlichen Steuererträge innerhalb der zwei Legislaturen. Das heisst, es sind in den zwei Legislaturen von dem zusätzlichen Steuerfranken 86 Rappen in den Personalkostenzuwachs zu gelangt. Man ist sich einig, dass es so nicht weitergehen kann. Die FDP-Fraktion wird aus allen diesen Gründen das Budget 2024 ablehnen und zur Überarbeitung zurückweisen. Es sollen wenigstens die Vorgaben erfüllt sein.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass Stadtrat Kämpf Jürg bereits viel ausgeführt hat und man sich dem anschliessen kann. Grundsätzlich ist man der Meinung, dass wir vor einer Weichenstellung stehen. Der SR hat saubere und transparente Informationen erhalten. Die Arbeit dahinter wird auch gewürdigt. Es ist aber so, wenn man den Ausblick in die Zukunft macht, ist dieser nicht allzu rosig. Die Stadt Burgdorf hat eine herausfordernde Situation vor sich, insbesondere auch mit dem Ausblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027. Es wird schwieriger sein. Die Perspektiven sind nicht gut und das bedeutet auch, dass man bereits jetzt reagieren muss. Das Budget mit einem Defizit von etwas mehr als Fr. 300'000.-- ist ein falsches Signal. Deshalb wird die GLP-Fraktion das Budget 2024 ablehnen und zurückweisen an den GR mit der Aufforderung den Vorgaben des SR, ein ausgeglichenes Budget, Folge zu leisten.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, dankt für die Zusammenstellung der umfangreichen Unterlagen sowie für die Informationsveranstaltung von letzter Woche. Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Burgdorf im Mittelfeld liegt. Es ist die Erfahrungsgruppe, welche ausgewertet wurde. Die Grüne-Fraktion wird dem Budget 2024 geschlossen zustimmen. Was hat der SR eigentlich für Möglichkeiten? Man kann das Budget entweder gutheissen oder ablehnen. Etwas dazwischen gibt es ja gar nicht. Man hat deshalb die Unterlagen von einer anderen Seite angeschaut. Es wird deshalb auch etwas anekdotisch und heiter. Beim New Public Management ist es so, dass man mit Zielen die Verwaltung steuert. Diese Ziele hat man genauer unter die Lupe genommen. Im

Budgetbuch sind 47 Wirkungsziele vorhanden. Es gibt zudem sogenannte Leistungsziele. Man kann diese mit dem Vorjahr vergleichen. Es ist eine ziemliche umfangreiche Sache. Von den 47 Wirkungszielen haben 20 messbare Zahlen. So hätte man es eigentlich gerne. Bei anderen möchte man besser sein als der Durchschnitt im Kanton. Es gibt ein paar lustige Ziele. Bei der Präsidialdirektion ist es so, dass die meisten Ziele nicht messbar sind und sie hat null Verbesserungsambitionen. Die Ziele sind immer genau gleich und das war in den letzten Jahren so und wird in Zukunft so sein. Man sieht null Entwicklung. Es gibt eine Zahl, die 12. Die Präsidialdirektion misst ihre Leistung daran, dass man 12 Mal den Lohn rechtzeitig ausbezahlt. Das ist meisterhaft operationalisiert. Es gibt auch Ziele mit Verbesserungen, nämlich ein einziges und zwar bei der Kultur. Der Kulturnewsletter wird mehr herausgegeben. So möchte man die Ziele formuliert haben, nämlich ambitiös, messbar und mit einer Verbesserung. Bei der Baudirektion wird in erster Linie der Status quo verwaltet. Wir haben 1'563 Bäume und auch in den nächsten Jahren haben wir so viele Bäume. Plus minus 2 Prozent. Konkret werden die Bäume gezählt und dann hätte man 1'616 Bäume. Wir hätten 3.3 Prozent mehr Bäume. Also Ziel nicht erfüllt, weil es zu viele Bäume hat. Das zeigt wie absurd solche Ziele sind. Man sollte jedes Jahr mehr Bäume haben und das in den Wirkungsziele auch so umschreiben. Lustigerweise verschwinden in der Baudirektion zwei Ziele. Ziel Nummer 1 Zunahme der öffentlichen Veloabstellplätze sowie das Ziel Zunahme der naturgestalteten Gewässer. Das ist offenbar nicht so wichtig. Zu Ehrrettung muss man sagen, dass ein Ziel in der Baudirektion sehr ambitioniert ist und man kann sagen, da wird wirklich was gemacht. Man spart pro Jahr 200 Tonnen Co2. Da ist man gespannt was die Messungen ergeben und ob man das erreichen kann. Aus Zeitgründen wird auf die Einwohner- und Sicherheitsdirektion, Bildungsdirektion und Sozialdirektion nicht eingegangen. Was lustig ist, die Finanzdirektion ist wirkungslos, weil sie keine Wirkungsziele hat. Bei den Leistungszielen ist die Finanzdirektion die einzige, welche bei der Zufriedenheit auf einer Skala von 1 bis 4 ein 3.5 erreichen will. Bei allen anderen Direktionen ist man mit einer 3 zufrieden. Man hofft, dass es bei den Zielen nach oben geht. Die Entwicklung der Ziele wird weiterhin beobachtet.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt den Verfassern vom Budget 2024 und dem Aufgaben- und Finanzplan. Die Vorredner haben bereits viel gesagt. Das Budget ist detailliert und transparent von Muralto Christoph, Leiter Finanzdirektion, an der Informationsveranstaltung vorgestellt worden. Wie schon in den letzten Jahren hat sich die Finanzlage weiter verschlechtert. Das ausgeglichene Budget wurde nicht erreicht. Dazu kommt, dass auch mittelfristig keine Aussicht auf Besserung besteht. Die höheren Einnahmen werden durch höhere Personalkosten und Sachaufwand kompensiert, so dass das strukturelle Defizit weiterhin besteht. Die Sparanstrengungen im organisatorischen Bereich und die Effizienzsteigerung durch die digitale Transformation haben aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht umgesetzt werden können. Nur ein Bruchteil der Investitionen kann mit eigenen Mitteln finanziert werden. Dadurch steigen die Schulden in den nächsten Jahren und das auch bei höheren Zinsen. Auf der anderen Seite sinken die Reserven, da die wie in den letzten Jahren zum Ausgleich des strukturellen Defizits benötigt werden. Insbesondere sind die angekündigten Wertbereinigungen der Beteiligungen an der Markthalle, Casino, Eishalle sowie die grossen Projekte Schulraum und Verwaltungsraum in der Finanzplanung nicht ersichtlich. Die Erwartung der Mitte-Fraktion an die Finanzdirektion sind die gleichen wie in den letzten Jahren. Im Hinblick auf die Grossprojekte ist eine langfristige Finanz- und Investitionsplanung mit einem positiven operativen Ergebnis und einer Selbstfinanzierung von 100 Prozent dringend nötig. Damit sich die Stadt Burgdorf nicht noch stärker verschuldet, müssen die Projekte priorisiert werden. Es wäre eine Überlegung wert, ob nicht eine Obergrenze für Investitionen pro Jahr oder gar eine Ausgabenbremse einzuführen ist. Zudem gibt es auch Zweifel an der Wirksamkeit der Sparanstrengungen, welche Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice für 2025 angekündigt hat. Die Mitte-Fraktion wird das Budget ablehnen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass anlässlich der Informationsveranstaltung zum Budget vom letzten Montag die zuständige Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice gesagt hat, dass Burgdorf finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, aber auch nicht nur auf Dornen. Um bei den Rosen zu bleiben, die SVP-EDU-Fraktion sehen die Blüten, spüren aber klar auch die Dornen. Bereits im letzten Jahr hat die SVP-EDU-Fraktion an der Budgetdebatte angemerkt, dass ein guter Weg eingeschlagen wurde, aber man weitere Schritte erwartet. Diese Schritte, also weitere Einsparbemühungen, sind weiterhin nicht sichtbar. Ohne Auflösung der Neubewertungsreserve würde wiederum ein massives Minus resultieren. Trotz dieser Auflösung im Budget 2024 resultiert noch immer ein Minus. Die Vorgabe eines ausgeglichenen Budgets ist somit nicht erfüllt. Auch die Stadträtinnen und Stadträte sind in der Pflicht. Im 2024 wird bereits ein Teuerungsausgleich von 2 Prozent erwartet. Es wird begrüsst, dass dieser klar im Budget ausgewiesen wird. Jedoch ist man mit der Höhe des Ausgleichs nicht einverstanden. Der Regierungsrat des Kantons Bern, an diesem Teuerungsausgleich orientiert sich die Stadt Burgdorf, hat ebenfalls 2 Prozent budgetiert. Der Unterschied ist, dass beim Kanton ein Nachholbedarf von 1 Prozent aus dem Jahr 2023 besteht. Ab 2025 budgetiert der Kanton wieder eine Teuerung von 0.5 Prozent. Deshalb erachtet man für die Stadt Burgdorf ein Teuerungsausgleich von 1 Prozent für das Budget 2024 gerechtfertigt. Dadurch könnten Fr. 200'000.-- eingespart werden. Zudem wird wiederum eine sozialverträgliche Variante wie im März 2023 die Einmalprämie befürwortet. Da für die SVP-EDU-Fraktion die Einsparbemühungen nicht sichtbar sind und ein ausgeglichenes Budget nicht eingehalten wird, lehnt man das Budget 2024 ab.

Stadtrat Hirschi David, namens der EVP-Fraktion, dankt für das detaillierte und transparente Budget. Man ist froh, dass nach einer zweiten Lesung der GR ein fast ausgeglichenes Budget vorlegen kann ohne Steuererhöhungen, und das in Zeiten der Inflation und der Kostensteigerungen, was nicht selbstverständlich ist. Die EVP-Fraktion wird dem Budget 2024 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 geschlossen zustimmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, ist erstaunt, dass es jedes Jahr bei den Personalkosten zu Diskussionsbedarf führt. Die SVP-EDU-Fraktion hat gesagt, dass der Kanton Bern 1 Prozent vom letzten Jahr kompensieren muss. Es wird daran erinnert, dass es auch Burgdorf muss. Im letzten Jahr hat Burgdorf kein Teuerungsausgleich bezahlt. Wie die SVP-EDU-Fraktion richtig gesagt hat, hat Burgdorf eine Einmalprämie ausbezahlt und ob die sozialverträglich ist oder nicht, darüber kann man streiten. Die SP-Fraktion anerkennt, dass so transparent ausgewiesen wird wie es jetzt ausgewiesen wurde. Burgdorf ist an den Kanton gebunden, deshalb müsste man es rückwirkend sowieso korrigieren.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, hat eine Frage an Muralt Christoph. Das letzte Mal hat er gesagt, dass es nicht so ist und die 2 Prozent fix sind und nicht noch zusätzlich ein Betrag dazu kommt. Dazu herrscht eine unterschiedliche Auffassung.

Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass der GR dies im Budget einbauen wollte und das bedeutet, man zahlt auch das was im Budget steht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man extra offen und transparent den Teuerungsausgleich dargelegt hat. Man weiss nicht, ob der Kanton 2.5 Prozent gibt oder nicht. Burgdorf bleibt bei den 2 Prozent. Man kann die 2 Prozent auch streichen, aber dann hätte man im nächsten Jahr gebundene Kosten und zwar so viel wie der Kanton vorgibt. Das wäre genau die Idee gewesen, die man nicht wollte. Man war sich bewusst, was es heisst. Man hätte durch die Streichung ein positives Budget vorweisen können, dann würde man im SR anders diskutieren. Die Kosten hätte man sowieso, weil sie

gebunden sind. Der SR soll sich überlegen, was man für ein Zeichen setzen will, wenn man das Budget ablehnt. Was wäre es für ein Zeichen gegen Aussen und gegenüber den Angestellten, gegenüber von möglichen Investoren und der Stadtentwicklung. Wir würden uns blockieren, weil man nicht bis am 11. Dezember 2023 ein neues Budget vorlegen kann. Die Arbeiten werden damit blockiert. Besser wäre es, wenn man sich einsetzt und sagt, welche Leistungen man noch will und welche nicht. Diesen Weg müsste man gemeinsam diskutieren. Es bringt relativ wenig das Budget abzulehnen.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass der Kanton Bern 2 Prozent für das nächste Jahr budgetiert hat. 1 Prozent hat er für den Teuerungsausgleich vorgesehen und 1 Prozent rückwirkend, weil sie es verschlafen haben für das Jahr 2023. Wenn wir jetzt mit den 2 Prozent mitziehen, geben wir 1 Prozent mehr im 2024. Burgdorf hat im 2023 eine sozialverträgliche Einmalprämie ausbezahlt. Diese Prämie ist nicht explizit ein Teuerungsausgleich, aber Burgdorf hat etwas gegeben.

Abstimmung

1. Im Jahr 2024 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.
2. Das Budget 2024 wird genehmigt bestehend aus:

		Aufwand		Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	123'760'613.00	CHF	123'427'366.54
Aufwandüberschuss			CHF	333'246.46
Allgemeiner Haushalt	CHF	116'841'316.54	CHF	116'841'316.54
Ertragsüberschuss	CHF	0.00		
SF Abwasserentsorgung	CHF	3'539'910.41	CHF	3'325'300.00
Aufwandüberschuss			CHF	214'610.41
SF Abfallentsorgung	CHF	2'037'911.95	CHF	2'125'900.00
Ertragsüberschuss	CHF	87'988.05		
SF Feuerwehr	CHF	1'341'474.10	CHF	1'134'850.00
Aufwandüberschuss			CHF	206'624.10

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2024 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD: PG 10, 11, 13 und 14

BauD: PG 20, 21, 22, 23, 24 und 25

ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37

BilD: PG 50, 51 und 52

SozD: PG 60, 61, 62 und 63

FinD: PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 19 Ja und 17 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2023-702 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag glp betreffend Finanz Masterplan 2030
- Überparteilicher Auftrag GLP, Die Mitte, FDP und EVP betreffend Einführung von kostenbezogenen Kennzahlen für die Burgdorfer Verwaltung
- Auftrag FDP-Fraktion gemäss Art. 26a Abs 2b Stadtratsreglement betreffend „Keine überrissene Preise für Anwohnerparkkarten“
- Dringliche überparteiliche Interpellation SP, Grüne und EVP betreffend Situation Gyrischachen (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation Die Mitte betreffend Gewalt durch Jugendbanden im Gyrischachen (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation glp betreffend wie und nach welchen Kriterien bildet die Stadt Burgdorf Lernende aus?

Stadtpäsident Berger Stefan teilt mit, dass die Finanzierung des Vogelhotels in Burgdorf fast gesichert ist. Es fehlt aber immer noch etwas, deshalb sind immer noch Paten gesucht. Wer noch ein Weihnachtsgeschenk sucht, kann noch eine Patenschaft abschliessen. So kann die Aufrichte eines guten Projektes, das beim Stadtratsausflug angefangen hat, gefeiert werden. Es kostet nur einmal etwas, es gibt keine wiederkehrenden Kosten. Es ist eine gute Sache.

Stadtratspräsident Greisler Yves informiert über die kommenden Anlässe des SR. Die nächste ordentliche Stadtratssitzung findet am 11. Dezember 2023 um 17.30 Uhr statt. Im Anschluss findet das Jahresschlusssessen des SR im Hotel Stadthaus statt. Die Einladung zum Jahresschlusssessen hat der SR erhalten. Die Anmeldefrist dazu läuft bis am Freitag, 10. November 2023. Im Hotel Stadthaus ist wiederum für den Schlummertrunk reserviert.

Burgdorf, 24. November 2023

Namens des Stadtrates



Yves Greisler
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin